

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementpreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Die italienischen Gewerkschaften und wir. III	617	Privatversicherung. Eine erfreuliche Unterstützung	624
Besehung und Verwaltung. Kriegsstranzenkassen	618	Mitteilungen. Unterstützungsvereinigung: Abrechnung und Anmeldungen. — Für die Verbandsexpeditionen	624
Wirtschaftliche Rundschau	620	Literatur. Eine Buchbesprechung. — Verzeichnis neuer Bücher und Schriften	624
Arbeiterbewegung. Erklärung. — Aus den deutschen Gewerkschaften	621		

Die italienischen Gewerkschaften und wir.

III.

Die italienische Gewerkschaftszentrale hat dem von ihr veröffentlichten, in Nr. 45 des „Correspondenzblattes“ mitgeteilten Bericht von Sassenbach eine Einleitung vorausgeschickt und eine sehr ausführliche Antwort hinzugefügt. Auch zu dem Artikel im „Grundstein“ nimmt sie in einer weiteren Nummer der „Confederazione del Lavoro“ Stellung. Wir hatten die Absicht, beide Neußerungen hier wiederzugeben, müssen aber davon absehen, da es unter den jetzigen Verhältnissen nicht möglich ist, dieselben ungekürzt und ohne Streichungen abzudrucken. Eine gekürzte Wiedergabe könnte aber zu Mißverständnissen führen und würde auch kaum die Billigung unserer italienischen Genossen finden. Wir müssen uns also die Wiedergabe dieser Dokumente bis nach dem Kriege vorbehalten.

Der ungefähre Inhalt der Antwort auf den Sassenbachschen Brief geht aus folgender scharfer, aber zutreffender Erwiderung der „Metallarbeiter-Zeitung“ hervor, die wir ungekürzt wiedergeben:

„Die Leitung der „Confederazione del Lavoro“ versteht diesen Brief mit einer Einleitung und mit Schlussbemerkungen, die mehr als doppelt so lang sind wie der Brief Sassenbachs und worin sie nicht nur die oben erwähnte Beschuldigung wiederholt, sondern alles mögliche zur Rechtfertigung dieser Handlungsweise heranzieht, wovon anfangs gar nicht die Rede war. Den Hinweis auf die russische Knutenherrschaft sucht sie dadurch lächerlich zu machen, daß man in Italien in ähnlicher Weise vom „deutschen Stod“ spreche. Damit ist die Herrschaft gemeint, die Oesterreich bis zum Jahre 1866 in der Lombardei und in Venetien ausübte. Es ist nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, ob damals auf italienischer oder auf österreichischer Seite mehr Recht oder Unrecht war, ferner, ob es für das Proletariat der Lombardei und Venetiens besser ist, daß sie dem italienischen Klassenstaat angehören; auf jeden Fall sind sie jedoch schon seit 48 Jahren „von der Fremdherrschaft erlöst“. Wir verstehen aber nicht, inwiefern dies ein Grund sein soll, daß wir Deutschland der Fremdherrschaft preisgeben müßten, und dazu noch der moskowitzischen Knutenregierung. Allerdings sind wir nur „teutonische Barbaren“ und uns fehlt die hohe Kultur, die die Italiener zu haben behaupten.

An einer andern Stelle scheint der Verfasser jedoch weniger streng über die Verteidigung gegen Rußland zu

denken, denn er bezeichnet sie als eine equità, das heißt als etwas, was der Gerechtigkeit entspricht. Unmittelbar darauf schreibt er aber wiederum gegen die „deutsche Soldateska“, die sich in Belgien mit „Eisen und Feuer“ betätigt. Wir können nicht verlangen, daß die italienischen Genossen alles mit unseren Augen ansehen und verzichten deswegen auch darauf, alles zu widerlegen, was in den uns vorliegenden Ausführungen unrichtig ist. Auch wir haben den sehnlichen Wunsch, daß nach dem Kriege die internationale Verbrüderung des Proletariats von neuem entstehen möge und wir haben sogar die Zuversicht, daß dies schneller geschehen wird, als die herrschenden Klassen ihre internationalen Beziehungen wiederherstellen können. Dann wird auch die Zeit kommen, wo die italienischen Genossen einsehen, daß man sie in betreff der „teutonischen Grausamkeiten“ belogen hat. Was uns aber hauptsächlich veranlaßte, zu dieser Sache schon jetzt das Wort zu nehmen, ist folgendes: Der Verfasser der Erwiderung auf Sassenbachs Brief wiederholt die durchaus unwahre Behauptung, in Belgien seien Frauen und Mädchen gezwungen worden, an der Spitze des deutschen Heeres zu marschieren. Hätte man den deutschen Soldaten Hoheit oder andere, in der Wut begangene Ausschreitungen vorgeworfen, so hätten wir darauf erwidert, daß wir solche Handlungen bedauern und gewünscht, daß die Urheber nach dem strengen deutschen Kriegsrecht bestraft werden. Wir hätten höchstens noch darauf hingewiesen, daß es im französischen und im englischen Heere und nicht zum mindesten auch im russischen und im belgischen Heere Soldaten gibt, die sich des gleichen Verbrechens schuldig machen. Der Verfasser der Erwiderung begnügt sich aber nicht mit diesem Vorwurf, sondern trotz aller Berichtigungen wiederholt er eine Beschuldigung, wie sie für das deutsche Heer nicht niederträchtiger gedacht werden kann und die der Sinnesart des deutschen Volkes ganz und gar nicht entspricht. Der Verfasser mag sich merken, daß im deutschen Heere etwa 600 000 Gewerkschaftsmitglieder kämpfen. Schon mancher von ihnen hat das Eisene Kreuz erhalten und viele von ihnen haben den Tod erlitten, ein Beweis, daß sie zum großen Teil in den vorbersten Reihen kämpfen. Sehr viele von ihnen sind mindestens ebenso gute Sozialisten, wie die Leiter der „Confederazione del Lavoro“. Allen sind die Ideale der Arbeiterbewegung eingeprägt worden und demgemäß tun sie ihre Pflicht mit dem Ernst, der ihr gebührt, aber auch mit der Menschlichkeit, die sie selbst dem Feinde schuldig sind. Die deutschen sozialdemokratischen Zeitungen veröffentlichen jetzt Hunderte von Soldatenbriefen, worin die

Schreiber ihren tiefen Schmerz über die Verwüstungen und das Elend kundgeben, das sie notgedrungen in Belgien und Frankreich anrichten müssen, weil die Regierungen dieser Länder so verblendet sind, daß sie sich in das Joch spannen, das England und Rußland ihnen auferichtet haben. Wir wünschten nur, daß die Leiter der „Confederazione del Lavoro“ diese Briefe lesen könnten. Das ist die von diesen Trägern „italienischer Kultur“ geschnittenen „deutsche Soldateska“!

Unter den 600 000 Gewerkschaftsmitgliedern, die jetzt dem deutschen Heere angehören, befinden sich über 150 000 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Wir sind verpflichtet, uns in ihrem Namen zu verbitten, daß man sie mit oder ohne Kenntnis des wahren Sachverhalts in so unerhörter Weise beleidigt, wie es in der „Confederazione del Lavoro“ geschehen ist. Man komme uns nicht mit der Ausrede, daß es den italienischen Genossen fernliege, dem deutschen Volke zuzuhelfen, sondern daß sie sich nur gegen den deutschen Militarismus wenden. Wenn sie den Militarismus bekämpfen wollen, so mögen sie im eigenen Lande anfangen, denn der italienische Militarismus hat sich schon recht kräftig ausgewachsen. Auch sonst gibt es noch genug in Italien zu tun. Das sieht man schon daran, daß in Italien im Verhältnis zur Bevölkerung 600mal mehr Analphabeten vorhanden sind als in Deutschland.“

Die Antwort an den „Grundstein“ ist von diesem Blatt in der Nummer vom 7. November in ausführlicher Weise besprochen worden.

Wir möchten dem bisher Gesagten nur wenig hinzufügen. Zunächst über die Internationalität der deutschen Arbeiterschaft. Wer die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung kennt, muß bei einigermaßen gutem Willen ohne weiteres zugeben, daß es kaum eine Arbeiterschaft gibt, die mehr internationales Gefühl und auch mehr internationale Betätigung gezeigt hat als die deutsche, eine Betätigung, die nicht nur in schönen Redensarten, sondern auch, wo es nötig war, in materieller Hilfe bestand. Bis zum Ausbruch des Krieges ist dieses auch von keiner Seite bezweifelt worden. Der deutsche Arbeiter hat sich niemals von nationalen Phrasen einfangen lassen, was ihm im eigenen Lande öfters zum Vorwurf gemacht wurde. Dagegen wird ein jeder, der viel mit Italienern verkehrt hat, zugeben, daß bei ihnen, auch bei den Arbeitern, vielfach ein scharf ausgeprägtes nationales Empfinden anzutreffen ist, das auch der nationalen Phrase und der nationalen Selbstbeweihräucherung nicht unzugänglich ist. Wenn in der jetzigen ersten Lage die deutsche Arbeiterschaft aus Gründen der Selbsterhaltung den Sieg Deutschlands wünscht und dementsprechend handelt, so darf man wirklich nicht davon sprechen, wie es in der Antwort an den „Grundstein“ geschieht, daß sie die Arbeiter-Internationale an der Nase herumgeführt hat.

Und die Frage der Verletzung der belgischen Neutralität? Wir bedauern, daß sie erfolgt ist, aber wir können uns der Erkenntnis nicht entziehen, daß die deutsche Heeresleitung in einer Zwangslage war, daß sie mit ihrem Vorgehen nur einem bereits vorbereiteten Neutralitätsbruch von gegnerischer Seite zugekommen ist. Wir haben das Gefühl, daß eine Neutralitätsverletzung von anderer Seite nicht den Sturm der Entrüstung hervorgerufen hätte, wie das Vorgehen von Deutschland. Dann müßte man aber auch erwarten, daß diejenigen, die sich über das Vorgehen gegen das neutrale Belgien so sehr aufregen, sich ebenfalls aufregen über das Verhalten eines großen Teiles der italienischen Presse und auch verschiedener Sozialisten, die von einem Ueber-

fall auf das verbündete Oesterreich als etwas Selbstverständlichem, als etwas Wünschenswertem, als einer Staatsnotwendigkeit sprachen. Wie gesagt, wir hätten den Neutralitätsbruch lieber vermieden gesehen und daselbe hat ja auch der Reichsfangler im Deutschen Reichstage erklärt; aber wir müssen uns mit der Tatsache abfinden.

Die ungerechten und parteiischen Angriffe, die von der italienischen Partei- und Gewerkschaftspresse in öfters sehr erregter Weise gegen die deutsche Arbeiterschaft erhoben werden, könnten uns Veranlassung geben, in ebenso scharfer und erregter Weise zu antworten. Wir verzichten darauf, da wir vermeiden wollen, einem späteren Wiederaufeinanderarbeiten, das nach Beendigung des Krieges kommen muß und kommen wird, noch weitere Hindernisse in den Weg zu legen. Wir möchten aber auch unseren italienischen Genossen den Rat geben, der deutschen Arbeiterschaft gerecht zu werden und nicht Vorwürfe zu erheben, die unbegründet sind.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Kriegsfrankenkassen.

Der Krieg hat die soziale Not unendlich gesteigert. Die Familien der Einberufenen sind ihres Ernährers beraubt und auf die dürftige Unterstützung des Reiches und der Gemeinden angewiesen. Noch schlechter geht es dem großen Heer der Arbeitslosen und ihren Familien, die mit noch geringeren Unterstützungen vorliebnehmen müssen, ja, in zahlreichen Gemeinden lediglich auf die Armenpflege angewiesen sind. Werden solche Familien von Krankheit oder Tod heimgesucht, dann wird das Elend unerträglich. Nur ein verschwindend kleiner Teil der Arbeitslosen ist freiwilliges Mitglied einer Krankenkasse, weil die Mittel zur Beitragszahlung fehlen. Daselbe gilt von den Frauen der Arbeitslosen und der Kriegsteilnehmer, die infolgedessen auch im Wochenbett ohne jede Unterstützung sind.

Es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, daß der Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. P. Mayer-Berlin mit dem Vorschlage an die Öffentlichkeit getreten ist, besondere Kriegsfrankenkassen zu errichten. Zweck der Kriegsfrankenkassen soll sein:

1. den Familien der Einberufenen, 2. den Kriegsarbeitern und ihren Familien bei Verschärfung der Kriegsnot durch Wochenbett, Krankheit oder Todesfall in der Familie Hilfe zu gewähren.

Die Hilfe der Kriegsfrankenkasse soll nur an Unterstützungsbedürftige erfolgen. Sie soll bestehen in Wochenhilfe und Familienhilfe und in Sterbegeld bei Todesfall eines Familienangehörigen, der im Haushalt des Einberufenen oder des männlichen oder der weiblichen Kriegsarbeiters lebte. Als Familienhilfe soll die Kriegsfrankenkasse im Falle der Krankheit kostenlos gewähren:

- a) ärztliche Behandlung,
- b) Arznei und kleinere Heilmittel,
- c) erforderlichenfalls unter Zustimmung des zeitweiligen Haushaltungsvorstandes Hauspflege auf die Dauer von längstens 6 Wochen,
- d) erforderlichenfalls unter Zustimmung des zeitweiligen Haushaltungsvorstandes Unterbringung in einer Krankenheilanstalt auf die Dauer von längstens acht Wochen,
- e) erforderlichenfalls unter Zustimmung des zeitweiligen Haushaltungsvorstandes Unterbringung in ein Genesungsheim oder Kuraufenthalt auf die Dauer von längstens acht Wochen,

An Sterbegeld soll gewährt werden:

- beim Tod der Familienmutter 30 M.,
- beim Tod des kriegsarbeitslosen Familienvaters 30 M.,
- beim Tod eines Familienangehörigen 15 M.

Die unter Familienhilfe aufgezählten Leistungen der Kriegskrankenkassen sollen von ihr auch den männlichen oder weiblichen kriegsarbeitslosen selber gewährt werden, gleichviel, ob sie Familie besitzen oder nicht. Als kriegsarbeitslose mühten natürlich alle Arbeitslosen, mit Ausnahme derjenigen, welche laufend Armenunterstützung beziehen, angesehen werden. Es würde sich nicht rechtfertigen lassen, nur diejenigen Arbeitslosen zu berücksichtigen, die nach dem 1. August d. J. arbeitslos geworden sind.

Die Wochenhilfe soll bestehen in:

- a) acht Wochen Wochengeld, von denen 14 Tage vor der Entbindung liegen dürfen, täglich 80 Pf., bei Fehlgeburt fällt das Wochengeld fort;
- b) in kostenloser Erweisung der Hebammendienste und der bei Schwangerschaftsbeschwerden, bei der Niederkunft oder im Wochenbett etwa erforderlich werdenden ärztlichen Behandlung, Fehlgeburten rechnen zu den Niederkünften;
- c) solange die Wöchnerin ihr Neugeborenes stillt, in einem Stillselbst von 30 Pf. täglich, bis längstens zum Ende der 39. Woche nach der Niederkunft;
- d) erforderlichenfalls Hauspflege auf die Dauer von längstens sechs Wochen, unter Einbeziehung des Wochengeldes;
- e) erforderlichenfalls unter Zustimmung der Wöchnerin Unterbringung in einem Schwangeren- oder Wöchnerinnenheim, unter Einbeziehung des Wochengeldes und des Stillselbstes für die Tage solcher Unterbringung.

Die Wochenhilfe ist zweifellos die notwendigste und wertvollste Leistung, deren Gewährung eine unausschiebbare soziale Pflicht ist. Professor Mayet sagt durchaus zutreffend:

„Am schlimmsten von allen sind wohl die Frauen daran, die jetzt ihrer Entbindung entgegengehen. Der Mann vor dem Feinde, die Einkünfte des Familienhaushaltes durch den Fortfall seines Erwerbes beschränkt, die Frauen in ihrer Erwerbsfähigkeit geschwächt und behindert, als Arbeiterin mehr noch als sonst dem Verluste ihrer Arbeitsstelle ausgesetzt; dazu der Mehrbedarf für die nötige eigene bessere Ernährung, die Entbindungskosten, die erforderliche Wochenpflege und die erst einmalig und dann allmählich immer anwachsenden Ausgaben für das Neugeborene. Diesem Sonderfall der Kriegsnote sollte auch eine Sonderhilfe der Allgemeinheit entsprechen: eine zweckmäßig geregelte ausgiebige Wochenhilfe. Das ist die Gesellschaft, das ist der Staat dem Manne schuldig, der für sie sein Leben in die Schanze schlägt. Und wie häufig müssen diese Fälle der so verschärften Kriegsnote sein, wo mehr als 1 900 000 Geburten jährlich im Deutschen Reiche statthaben. . . .

Als der gegenwärtige Krieg ausbrach, war in der Presse eine der häufigst erörterten Fragen die des Geburtenrückganges und ob es Mittel gäbe, ihn einzudämmen. Durch den Krieg selbst wird die Gefahr des Geburtenrückganges vergrößert. Einige Millionen kräftiger Männer, die gesündesten und jüngsten des ganzen Volkes, stehen im Felde. Unter dieser erlesenen Jungmannschaft Deutschlands mäht der Tod, schlägt des Schicksals Hand einen großen

Teil der Ueberlebenden mit Siechtum, Krankheit und Verkrüppelung. Der Wert des gesunden Menschen für die Allgemeinheit steigt. Die Gesellschaft darf nicht verschwenderisch und rücksichtslos junges Menschenleben zugrunde gehen lassen, das zum Besten des Reiches erhalten werden könnte. Es gilt den Schwangeren, den Gebärenden, den Wöchnerinnen, den Müttern, die vom Kriege betroffen sind, ausreichend zu helfen.“

Eine besondere Organisation brauchte für die Kriegskrankenkassen nicht errichtet zu werden, die reichsgerichtlichen Krankenkassen könnten vielmehr mit den Geschäften der Kriegskrankenkassen beauftragt werden. Die Oberversicherungsämter hätten in jedem Versicherungsamtsbezirk mindestens eine reichsgerichtliche Krankenkasse zu solcher Beauftragung auszuwählen. Die Geschäftslokale der betreffenden Krankenkassen würden im allgemeinen unentgeltlich bei etwa nötig werdenden Erweiterungen unter Erstattung der entstehenden Unkosten den Geschäften der Kriegskrankenkasse dienstbar gemacht. Die den Krankenkassenbeamten zufallende Mehrarbeit wäre im Wege der Remuneration nach billigem Ermessen des Versicherungsamts zu entgelten.

Die Finanzierung der Kriegskrankenkasse müßte Aufgabe des Reiches sein, weil der Krieg Reichssache ist. Den Gemeinden diese Kosten aufzuhalten, würde sich nicht rechtfertigen lassen, auch kaum durchführbar sein, weil zahlreiche Gemeinden außerstande sind, die erforderlichen Mittel aufzubringen. Die beste Lösung der Finanzfrage bringt sicherlich der Vorschlag, die Versicherungsanstalten der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung mit ihren jetzt über zwei Milliarden Mark betragenden Rücklagen zur Aufbringung der Kosten heranzuziehen. Die Versicherungsanstalten mühten aus ihren Rücklagen die Summen zur Verfügung stellen, welche während der Dauer des Krieges zur Erfüllung der in Aussicht genommenen Leistungen der Kriegskrankenkasse erforderlich sind. Die entstehenden Kosten würden nach Professor Mayet auf circa 50 Millionen für das Kriegsjahr zu veranschlagen sein. Diese Summe könnte den Versicherungsanstalten später vom Reiche zurückerstattet werden. Aber selbst wenn das nicht möglich wäre, würden die Versicherungsanstalten deshalb nicht in der Erfüllung ihrer Hauptaufgaben beeinträchtigt werden.

Die von Herrn Geheimrat Mayet aufgestellten Leitfäden enthalten eine so ausgezeichnete Begründung der Forderung auf Errichtung von Kriegskrankenkassen, daß wir sie zum Schluß hier wiedergeben wollen:

„Das Deutsche Reich bedarf zur Sicherstellung seiner Zukunft einer zahlreichen, gesunden, gebärfähigen und wehrfähigen Bevölkerung. Gesundheitliche Maßnahmen zum Besten der Frauen, insbesondere aber der Wöchnerinnen, für die Säuglinge und die heranwachsenden Kinderscharen liegen im Gesamtinteresse. Das kostbarste Gut des Staates ist der Mensch. Der Staat darf nicht verschwenderisch und rücksichtslos junges Menschenleben zugrunde gehen lassen, das ihm durch passende Maßnahmen erhalten bleiben könnte.

Weite Kreise des Volkes werden von der Kriegsnote in so hohem Grade bedrückt, daß sie unterstützungsbedürftig geworden sind. Die bereits in die Wege geleiteten Unterstützungen erreichen knapp (und auch nicht einmal immer) die Gewährung des Lebensunterhaltes und den Schutz gegen Obdachlosigkeit; bei Verschärfung der Kriegsnote durch außerordentliche Umstände, wie Wochenbett, Krankheit oder Todesfall in der Familie, genügen sie aber

bei der Unsicherheit und Kostspieligkeit der Ver-
sendung und wegen der Aussicht auf eine reichliche
indische Ernte (schätzungsweise 10,5 Millionen Bal-
len, also 1½ Millionen Ballen mehr als im Vor-
jahr) die Preise von 59 auf 38,8 Rupien zurück.

Als drittes, aber durchaus nicht letztes Beispiel
wäre das Kupfer anzuführen. Nach der „Frank-
furter Zeitung“ vom 12. November zahlte man für
den Doppelzentner Kupfer: vor Kriegsausbruch 125
bis 128 Mk., jetzt 220 Mk. Andererseits lauten die
Preise bei Bradstreet und für das große Ausfuhr-
land der Vereinigten Staaten, das in den letzten
beiden Jahren allein an Deutschland für 277,1 und
294,0 Millionen Mark Rohkupfer lieferte (New
York, elektrolytisches Kupfer pro Pfund):

1913	1. Oktober	16,88	Cents
1914	1. Juli	13,40	„
1914	1. August	13,—	„
1914	15. August	12,30	„
1914	1. September	12,37	„
1914	1. Oktober	11,75	„

Mit der regelmäßigen Handelsverbindung hört,
wie man sieht, auch der normale Zusammenhang
der Preise vollständig auf. Wo früher die einheitliche
Strömung des Weltmarktes sich geltend machte,
herrschen wieder die besonderen Entwicklungen und
damit die besonderen Preisbewegungen für die ein-
zelnen, wie vor Jahrzehnten und selbst Jahr-
hundertern, scharf voneinander getrennten Wirt-
schaftsgebiete.

Für Deutschland mehrten sich neuerdings
die Anzeichen der allgemeinen wirtschaftlichen Er-
holung. So weist der Verkehr bei den Abrech-
nungen stellen der Reichsbank, trotz der Schließung
der Börsen und trotz der dadurch wegfallenden Sum-
men, folgende Ziffern auf:

(in Mill. Mk.)	1914	1913
Januar	7 300	6 692
Februar	6 525	5 276
März	6 948	5 851
April	7 111	7 087
Mai	6 124	5 927
Juni	6 170	6 078
Juli	6 942	6 521
August	2 938	5 219
September	3 212	5 903
Oktober	4 473	6 925
November	—	5 582
Dezember	—	6 623
ganzes Jahr	—	73 634
Januar/Oktober	57 743	61 429

Trotz der noch immer bedeutenden Verminde-
rung gegen das Vorjahr reicht der Oktober nahe an
die Ziffern heran, die vor vier bis fünf Jahren die
Regel bildeten (Oktober 1910 4723, 1909 4556, 1908
und 1907 sogar nur 4268 und 4087 Millionen Mark).

Für die großen Montangewerbe, die von den
Einziehungen und zum Teil sogar von den Kriegs-
ereignissen überaus schwer betroffen wurden, liegen
leider erst die Septemberstatistiken vor. Bei den
Steinkohlen war hier bereits ein großer Fort-
schritt gegen den Vormonat festzustellen. War der
August von 16,56 Millionen Tonnen im Juli 1914
und 16,54 Millionen Tonnen im August 1913 auf
8,48 Millionen Tonnen plötzlich heruntergegangen,
so hob sich der September schon wieder auf 10,0 Mil-
lionen Tonnen, gegen allerdings 16,36 Millionen
Tonnen im September 1913. Die Roheisen-
erzeugung dagegen gelangte im September noch

nicht über den niedrigen Stand vom August hinaus;
nach allen Berichten darf man aber für den Oktober
ein wesentlich günstigeres Ergebnis erwarten. Die
Monatsziffern geben folgendes Bild, so daß also zu-
nächst der August nicht weniger als 64 Proz., der
September 63 Proz. hinter dem gleichen Monat des
Vorjahres zurückblieb:

(in Tonnen)	1912	1913	1914
Januar	1 386 855	1 611 845	1 566 505
Februar	1 338 495	1 493 877	1 445 511
März	1 447 505	1 629 463	1 602 896
April	1 452 765	1 588 701	1 534 429
Mai	1 493 519	1 643 069	1 607 193
Juni	1 454 018	1 609 748	1 531 313
Juli	1 517 097	1 648 818	1 564 345
August	1 549 869	1 640 016	586 661
September	1 553 103	1 590 849	580 087
Oktober	1 569 730	1 653 051	—
November	1 538 567	1 588 985	—
Dezember	1 567 386	1 611 250	—

Berlin, 17. November 1914.

Max Schippel.

Arbeiterbewegung.

Erklärung.

Unter der organisierten Arbeiterschaft Groß-
Berlins wird die Behauptung kolportiert, die Generalkommission habe sich über die Redaktion des „Vorwärts“ beschwert, um den „Vorwärts“ zu einer nationalistischen Haltung zu zwingen, ferner: die Generalkommission habe das zweite Verbot des „Vorwärts“ verschuldet. Beide Behauptungen sind völlig aus der Luft gegriffen. Wir haben deshalb mit dem Parteivorstand Verhandlungen geführt, die auch dem Centralvorstand der Groß-Berliner Parteiorganisation beschäftigt haben. Leider hat es der Centralvorstand abgelehnt, über diese Verhandlungen im Mitteilungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend zu berichten.

Da es nicht möglich ist, die Berliner Genossen durch ihr eigenes Blatt über die Sachlage zu informieren, bleibt uns zu unserem Bedauern nichts weiter übrig, als sie im „Correspondenzblatt“ darzulegen. Wenn dadurch ein erheblich größerer Personenkreis Kenntnis von den wenig erfreulichen Vorgängen erhält, so ist das nicht unsere Schuld.

I.

In einer Konferenz der Vertreter der Verbands-
vorstände wurde von mehreren Seiten Klage darüber
geführt, daß der „Vorwärts“, der doch Central-
organ der Partei sei, vielfach, insbesondere in wirt-
schaftlichen und sozialen Fragen, versagt habe.

Die Generalkommission hielt die Beschwerden
für berechtigt und erklärte sich bereit, zwecks ihrer
Abstellung mit dem Parteivorstand und der Redak-
tion des „Vorwärts“ in Verhandlung zu treten.
Am 23. September d. J. fand eine Sitzung statt, an
der Vertreter des Parteivorstandes, der Generalkommission, der Redaktion des „Vorwärts“, der
Pressekommission und des Centralvorstandes der Groß-
Berliner Parteiorganisation teilnahmen. Die von
der Generalkommission gegen den „Vorwärts“ vor-
getragenen Beschwerden gingen dahin:

1. Der „Vorwärts“ hat während der Kriegs-
zeit, besonders aber während der ersten Wochen
nach Kriegsbeginn, gewerkschaftlichen, wirtschaft-
lichen und sozialpolitischen Fragen nicht die ge-
nügende Beachtung geschenkt. Die Forderung
einer umfassenden und schnellen Fürsorge für die

nicht. Es drohen dann wirtschaftlicher Verfall und Verarmung, physischer und moralischer Rückgang, Gefährdung des öffentlichen Gesundheitszustandes, Erhöhung der allgemeinen Sterblichkeit und insbesondere der der Säuglinge, der Kinder, der Wöchnerinnen.

So großen Notständen und Nebeln gegenüber reichen die schon vielfach anderweit in Anspruch genommenen Kräfte der privaten Wohltätigkeit nicht aus. Es muß für diese Sonderfälle der Verschärfung der Kriegsnot eine Sonderhilfe aus öffentlichen Mitteln eintreten. Diese Sonderhilfe soll die Kriegsstrankekasse leisten.

Wir wollen hoffen, daß die Regierung einsichtig genug sein wird, die Mahetschen Vorschläge zu akzeptieren. Die organisierte Arbeiterchaft wird diese Vorschläge sich zu eigen machen. Sie fordert Hilfe gegen die durch den Krieg hervorgerufene große Not, die das arbeitende Volk physisch, wirtschaftlich und moralisch bedrohen.

Wirtschaftliche Bundschau.

Die gegensätzliche Entwicklung des Rohstoffmarktes in den Liefer- und Abnahmegebieten: Baumwolle, Zute, Kupfer — Deutschlands wirtschaftliche Erholung: Abrechnungsverkehr, Kohle, Eisen.

Wie der Krieg nicht nur im Innern, sondern noch mehr im internationalen Wirtschaftsleben alle gewohnten Zusammenhänge und alle festen, als „Gesetzmäßigkeiten“ verkündeten Regeln auseinandergetrieben und bis zur Unkenntlichkeit umgebogen hat, zeigt sich vor allem auf dem Rohstoffmarkt.

Beispielsweise hat hier der sonst vorhandene, mit den Jahrzehnten und Jahren immer vollkommener verwirklichte Parallelismus der Preise zwischen den Lieferländern und Abnahmegebieten zunächst vollständig aufgehört. Früher glich sich ein stärkerer Preisabstand zwischen der Baumwolle in New York-New Orleans und in Liverpool-Bremen jederzeit wie im Handumdrehen aus. Bei lohnenderen europäischen Preisen konnte sich der amerikanische Textilrohstoff sofort dem europäischen Markt zukehren und der eigene amerikanische Industriebedarf mußte sich, wenn er nicht ungedeckt bleiben wollte, zu entsprechenden Preiserhöhungen entschließen. Umgekehrt: entsprach die amerikanische Notierung besser den allgemeinen Produktions- und Verbrauchsverhältnissen, während die europäische Bewertung wesentlich dahinter zurückblieb, so richtete sich das Angebot so lange lediglich nach den profitableren amerikanischen Märkten, bis Liverpool und Bremen sich wohl oder übel zu ähnlichen Preisverhältnissen an die überseeischen Verkäufer bequemten. Der international einheitliche Weltmarktpreis war wie eine unsichtbare Norm hinter den differenzierten einzelnen Landespreisen vorhanden; in den nationalen Preisunterschieden kamen nur die Transport- und sonstigen notwendigen Geschäftskosten zum Ausdruck.

Voraussetzung für diesen Preisausgleich ist jedoch das freie Hin- und Herströmen der Waren, und gerade diese Möglichkeit zerstört der moderne Weltkrieg. Selbst der höchste Bremer Baumwollpreis verliert jede Anziehungskraft für amerikanische Sendungen, wenn zwischen Galveston-New Orleans und Bremen aller Verkehr wie abgeschnitten ist. An Stelle des Parallelismus der Preisbewegungen kann sogar ein voller Gegensatz treten: weil aus Amerika der Baumwollüberschuß nicht abströmen

kann, stürzen drüben die Preise; und weil Bremen, der Hauptmarkt für Deutschland und die Nachbarländer, sich nicht mehr übersee zu versorgen vermag, schnellen bei uns gleichzeitig die Preise empor. Die alten ökonomischen „Gesetzmäßigkeiten“ waren eben nur die Folgewirkungen von Voraussetzungen, die im Kriege nicht mehr vorhanden sind.

Da der geordnete Baumwollbörsenverkehr in Bremen aufgehört hat, so lassen sich für Deutschland und den Kontinent zuverlässige Preisübersichten über die letzten Monate nicht geben. Wir wissen jedoch, wie die Textilindustriellen über die wachsenden Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung klagen, und bei industriellem Vollbetrieb würden die überkommenen Vorräte, auf die sich der deutsche Markt noch einigermaßen stützen konnte, erst recht mit unheimlicher Raschheit sich erschöpft haben. In den Vereinigten Staaten dagegen ist die „Baumwollnot“ von ganz entgegengesetzter Art. Es gab bei der ersten großen Erschütterung des Kriegsbeginns überhaupt keinen Verkaufserlös mehr: die heimische amerikanische Industrie litt selber unter der allgemeinen Panik und der Geld- und Kreditkrise und selbst nach England schien die Ausfuhr längere Zeit unmöglich. Im letzten Erntejahr verbrauchte aber Amerika 5 550 000 Ballen selber, während es 9 032 557 Ballen, also 61,9 Proz. des Gesamtertrages, exportierte. Große Vorsehungsmassnahmen und Notstandsaktionen der Washingtoner Regierung wurden deshalb viel erörtert. Allmählich stellten sich englische Schiffe für den Transport nach England, wenn auch bei hoher Versicherungsgebühr, zur Verfügung, aber bei dem verhältnismäßigen Stillstand der Lancashire Fabriken (England soll in absehbarer Zeit kaum über die Hälfte seines normalen Baumwollbedarfs verarbeiten) bedeutet dies immerhin nur eine geringe Entlastung. Nach Deutschland hofft man mit der Zeit gleichfalls einen lebhafteren Verkehr auf neuervorbenen amerikanischen Dampfern schaffen zu können. Eine Preisenkung bis fast auf die Hälfte des vorjährigen Oktoberpreises war jedoch vorläufig nicht abzuwehren. Nach Bradstreet's Großhandelspreisliste zahlte man in New York für das (englisch-amerikanische) Gewichtspfund Middling Uplands:

1918	1. Oktober	14,20	Cents
1914	1. Juli	13,25	"
1914	1. August	12,50	"
1914	15. August	11,—	"
1914	1. September	11,—	"
1914	1. Oktober	8,25	"

Dieselbe Erfahrung wiederholt sich bei der Zute, dem wichtigen Verpackungsfaserstoff. In London ist hier seit dem 31. Juli der Preis von 28 Pfund Sterling auf 34% Pfund Sterling gegen Ende Oktober, und seitdem wahrscheinlich noch viel höher, gestiegen. Am 9./10. Oktober bereits sah sich die englische Regierung zu einer scharfen Beschränkung des Verbrauchs gezwungen. Alle Bestände an Rohzute, Garn, Geweben, Säden, in Besitz von Spinnereien wie Händlern, dürfen seitdem nur noch Verwendung finden für Kriegsmaterial (Mehl, Getreide, Zucker diesem geichgestellt). Alle anderen Waren, selbst Salz, Stärke und ähnliches, werden auf anderes Badmaterial verwiesen. Die Spinnereien wie Händler sind, um die drohenden unerschwinglichen Rohstoffpreise niederzuhalten, scharfer Kontrolle unterstellt und bei Verstößen mit ernster Strafe bedroht. Zu gleicher Zeit, nämlich zwischen 31. Juli und 22. Oktober, gingen jedoch in Kalkutta

Arbeitslosen wurde z. B. von einigen bürgerlichen Blättern früher und energischer erhoben und propagiert, als durch den „Vorwärts“. Beschwerden einiger Gewerkschaften gegen die Sparfamkeitspolitik der Verkehrsbetriebe und anderer öffentlicher Betriebe wurden von der „Vorwärts“-Redaktion nicht veröffentlicht.

Die „Volksfürsorge“, ein Unternehmen der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, hatte der gesamten Partei- und Gewerkschaftspressen eine Notiz zur Veröffentlichung übermittelt, die den Zweck hatte, die Versicherten über die durch den Krieg herbeigeführte Veränderung der Rechtslage zu belehren und sie vor Schaden zu bewahren. Die gesamte Arbeiterpresse brachte die Notiz. Die Redaktion des „Vorwärts“ lehnte die Aufnahme im redaktionellen Teile ab und stellte der „Volksfürsorge“ anheim, den Artikel oder eine Umarbeitung desselben als Inserat aufzugeben.

2. Der „Vorwärts“ tue nichts, um die Arbeiterschaft über das Verhalten der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften des Auslandes zum Kriege zu unterrichten. Er hat auf die zahlreichen Angriffe, die von sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsblättern, ja selbst von einigen ausländischen Arbeiterorganisationen gegen die deutsche Partei und die deutschen Gewerkschaften gerichtet wurden, nichts erwidert. Dadurch müßte der Eindruck erweckt werden, als ob jene Vorwürfe von uns als zutreffend anerkannt würden. Im Interesse der Würde und des Ansehens der deutschen Arbeiterbewegung müßte das Centralorgan der Partei jene Angriffe ruhig und sachlich zurückweisen.

3. Der „Vorwärts“ hat bei der Berichterstattung über Greuel, Verwundeten- und Gefangenenbehandlung in der Regel das Verhalten unserer Gegner entschuldigt, Entgleisungen einzelner Personen oder Zeitungen in Deutschland aber verallgemeinert.

In der einen ganzen Tag dauernden Aussprache über diese Beschwerden wurde seitens einiger Mitglieder der Preßkommission und der Redaktion des „Vorwärts“ der Versuch gemacht, die sachliche Erörterung zu unterbinden, dadurch, daß sie den Vorwurf erhoben, die von der Generalkommission vorgebrachten Beschwerden seien nur ein Vorwand. Die wahre Absicht sei, den „Vorwärts“ zu einer nationalistischen und chauvinistischen Haltung zu zwingen. Diese Unterstellung wurde von den Vertretern der Generalkommission sowie vom Parteivorstand sofort zurückgewiesen.

Zum Schluß der Aussprache faßte der Vorsitzende, Genosse Ebert, die Hauptpunkte der vorgebrachten Beschwerden nach Inhalt des Protokolls wie folgt zusammen:

1. Der „Vorwärts“ soll die Interessen der deutschen Partei gegen Angriffe sozialistischer Parteien des Auslandes vertreten.

2. Der „Vorwärts“ soll sich in seinen Berichten über Greuel-, Verwundeten- und Gefangenenbehandlung der größten Objektivität befleißigen.

3. Der „Vorwärts“ soll mehr wie bisher den sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen seine Aufmerksamkeit widmen.

4. Der „Vorwärts“ soll dem Chauvinismus, dem Gurratriotismus und allen Annerionsgelüsten entgegenarbeiten, wie das auch der Parteivorstand durch sein Zirkular an die gesamte Parteipresse schon in den ersten Kriegswochen verlangte.

Nr. 47

Zu Punkt 4 wurde noch besonders festgestellt, daß die Generalkommission in dieser Auffassung durchaus mit dem Parteivorstand einig sei. Dem wurde allseitig zugestimmt.

Trotz dieser präzisen und zweifelsfreien Feststellung haben einige Mitglieder der Preßkommission bei den in ihren Wahlkreisen erstatteten Berichten, die in der Sitzung vom 23. September in bestimmter Absicht aufstellten, mit den Tatsachen nicht zu vereinbarenden Behauptungen sich zu eigen gemacht und ihre Mandatgeber in den Glauben versetzt, die Generalkommission habe den „Vorwärts“ zu einer nationalistischen Haltung veranlassen wollen.

II.

In einer Sitzung des Vorstandes des Kreiswahlvereins von Niederbarnim hat der Genosse Stadthagen die Behauptung aufgestellt, die Generalkommission der Gewerkschaften sei schuld an dem zweiten Verbot des „Vorwärts“. Die Generalkommission erhob gegen die Behauptung des Genossen Stadthagen Widerspruch und wandte sich beschwerdeführend an den Parteivorstand. In einer gemeinsamen Sitzung aller Beteiligten wurde die Angelegenheit eingehend besprochen mit dem Ergebnis, daß der Parteivorstand einmütig erklärte:

„In der Verhandlung konnte nichts festgestellt werden, was auch nur den geringsten Anlaß zu der Annahme oder Vermutung geben konnte, die Generalkommission habe das „Vorwärts“-Verbot mitverschuldet. Dieser von Stadthagen erhobene Vorwurf ist in keiner Weise gerechtfertigt.“

Um jeder weiteren Legendenbildung und Stimmungsmache vorzubeugen, haben wir uns zu diesen Feststellungen genötigt gesehen.

Berlin, den 16. November 1914.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Im Monat Oktober wurden 857 Mitglieder des Bäckerverbandes zum Kriegsdienst eingezogen, so daß nunmehr 10 777 Verbandsmitglieder insgesamt eingezogen sind. Neu aufgenommen wurden im Oktober 484 Mitglieder, so daß der Mitgliederbestand am Monatschluß 18 409 betrug gegen 19 266 am Schluß des September. Die Einnahmen im September, die bereits festgestellt sind, betragen 37 499,96 Mk. gegen 37 036,48 Mk. Einnahmen im August und 42 662,99 Mk. im Juli. Die Ausgaben für Unterstützungen betragen im Juli 23 289 Mk., August 23 354 Mk. und im September 35 008 Mk. Die große Steigerung der Ausgaben im September war verursacht durch die Familienunterstützung, die 17 050 Mk. erforderte, während bei den anderen Unterstützungsarten eine Verminderung der Ausgaben eintrat.

Die Statistik des Centralvereins der Bildhauer für die 44. Woche (25. bis 31. Oktober) ergibt, daß seit der 34. Woche die Arbeitslosigkeit von 52,9 Proz. der Mitglieder auf 43,2 Proz. zurückgegangen ist. Die Verminderung der Arbeitslosigkeit beruht darauf, daß 25,2 Proz. der Verbandsmitglieder außerberufliche Arbeit gefunden haben. Zum Kriegsdienst eingezogen sind 25,5 Proz. der Mitglieder.

Die Arbeitslosigkeit im Buchbinderverbande ist in der ersten Novemberwoche erheblich zurückgegangen. Am 31. Oktober waren 7160 Mi-

glieder arbeitslos, am 7. November dagegen 5985. Gegenüber dem Höchststand der Arbeitslosigkeit am 29. August mit 11 918 Arbeitslosen beträgt der Rückgang bis zum 7. November 5933. Ein Teil der Mitglieder arbeitet allerdings mit verkürzter Arbeitszeit, worüber statistische Feststellungen zurzeit gemacht werden.

Der Buchdruckerverband verausgabte im Monat September an Reise- und Arbeitslosenunterstützung 633 824 Mk. für 436 239 Tage. Die Gesamtausgabe für diesen Zweck betrug im dritten Quartal 1 342 859 Mk. für 872 555 Tage, das ist gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres ein Mehr von 766 968 Mk. und 505 278 Unterstützungstagen.

Der gleiche Verband hat für seine Ausstellung auf der „Bugra“ den Staatspreis des Königreichs Sachsen erhalten, die höchste Auszeichnung, die einem Aussteller verliehen werden konnte, da er in jeder Gruppe nur einmal, und zwar mit Zustimmung der Staatsregierung zur Verteilung gelangte.

Die Arbeitslosigkeit im Fabrikarbeiterverbande war in der 13. Kriegswoche von 6,0 Proz. auf 5,3 Proz. der Mitglieder (nach der Mitgliederzahl vom 1. August) zurückgegangen. Die absolute Zahl der Arbeitslosen betrug am 31. Oktober 10 995. Zum Kriegsdienst eingezogen waren bis zum gleichen Tage insgesamt 51 166 Mitglieder gleich 28,2 Proz. der männlichen Verbandsmitglieder.

Vorstand und Ausschuss des Glaserverbandes haben beschlossen, den Familien der zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder eine Weihnachtsunterstützung zu gewähren. Zu diesem Zweck wird von den 7 Stunden und mehr täglich arbeitenden Mitgliedern ein Extrabeitrag von 2 Mk. und von den Mitgliedern, die weniger als 7 Stunden arbeiten, ein solcher von 1 Mk. erhoben.

Der Holzarbeiterverband gibt für die Frauen der Verbandsmitglieder und die Arbeiterinnen der Holzindustrie seit dem 1. November ein monatlich einmal erscheinendes „Holzarbeiter-Frauenblatt“ heraus, das unentgeltlich abgegeben wird. In dem Geleitwort des Vorstandes wird u. a. ausgeführt:

„Das Holzarbeiter-Frauenblatt“, das mit dieser Nummer zum ersten Male erscheint, soll fortan jeden Monat herausgegeben und den Frauen unserer Mitglieder unentgeltlich überreicht werden. Bei dem Gefühl der Zusammengehörigkeit, das die Verbandsmitglieder untereinander verbindet, haben wir schon immer schmerzlich vermißt, daß nicht auch deren Frauen enger mit unserer Gemeinschaft verbunden werden konnten. Mancherlei Fragen wachsen aus dem Verbandsleben heraus, die gerade die Frauen besonders interessieren müßten, und da fehlte es bisher immer an der Möglichkeit, solche Fragen gemeinsam zu besprechen. Deshalb haben wir nun unser Frauenblatt geschaffen als eine Brücke zwischen dem Verband und den Frauen seiner Mitglieder. . .

Auch für unsere weiblichen Verbandsmitglieder ist dieses Blatt bestimmt. Neben den allgemeinen Verbandsfragen, die in der „Holzarbeiter-Zeitung“ erörtert werden, die unsere Verbandskolleginnen ebenfalls jede Woche erhalten, gibt es doch noch mancherlei besondere Angelegenheiten der Holzarbeiterinnen, die fortan im Frauenblatt behandelt werden sollen. Wir sind überzeugt, daß damit ein Band geschaffen ist, das unsere Kolleginnen mehr noch als bisher zusammenhält und ihnen den Verband lieb und wert macht.“

Die vorliegende erste Nummer des Blattes hat einen interessanten Inhalt und wird zweifellos der neuen Einrichtung des Holzarbeiterverbandes viele Sympathien bei den Leserinnen erwerben.

Die Statistik des Holzarbeiterverbandes für die Woche zum 31. Oktober erstreckt sich auf 741 Zahlstellen mit 160 331 Mitgliedern, 133 Zahlstellen hatten keine Berichte geliefert. Eingezogen waren 43 877 Mitglieder = 27,4 Proz. 28 742 der zurückgebliebenen Mitglieder = 24,7 Proz. waren arbeitslos, in Arbeit standen 84 030 Mitglieder, darunter mit verkürzter Arbeitszeit 38 730.

Der Putzmacherverband zählte am 5. November 4076 arbeitslose, 5463 arbeitende und 300 erwerbsunfähige Mitglieder. Gegenüber der Vorwoche waren 101 Mitglieder weniger arbeitslos. Die Zahl der Einberufenen erhöhte sich von 1103 auf 1122.

Der Kürschnerverband berichtet über den Stand in 29 Filialen mit 3020 Mitgliedern am 31. Oktober. Arbeitslos waren 65 Mitglieder = 2 Proz. gegen nicht ganz 3,0 Proz. am Anfang des Monats. Zum Kriegsdienst waren 551 Mitglieder eingezogen. Vom dritten August bis 31. Oktober wurden 4892 Mk. Arbeitslosenunterstützung und 9719 Mk. Familienunterstützung (an die Familien der Kriegsteilnehmer) gezahlt.

Eine Statistik des Verbandes der Kupferschmiede vom 10. Oktober ergibt, daß von den 5391 Mitgliedern (am Schlusse des zweiten Quartals) 1516 zum Kriegsdienst eingezogen waren, das sind 28,3 Proz. Die Arbeitslosigkeit ging von 4,7 Prozent am 4. September auf 2,2 Proz. am 10. Oktober zurück. Von 3607 am 10. Oktober in Arbeit stehenden Mitgliedern hatten 376 verkürzte Arbeitszeit.

Der Situationsbericht des Lederarbeiterverbandes vom 31. Oktober ergab eine Mitgliederzahl von 11 859. Zum Kriegsdienst eingezogen waren 3509 Mitglieder. Die Zahl der Arbeitslosen betrug 750 gegen 1585 Ende September und 2513 Ende August. Mit verkürzter Arbeitszeit arbeiteten 2520 Mitglieder. Seit dem 3. August wurden für Arbeitslosenunterstützung 110 465 Mk. und für Unterstützungen insgesamt 125 915 Mk. verausgabt.

An der Oktoberstatistik des Malerverbandes beteiligten sich 138 Filialen (im September 146). Zum Kriegsdienst waren 11 719 Verbandsmitglieder, gleich 24,8 Proz., eingezogen. Die Zahl der von den 138 Filialen ermittelten Arbeitslosen betrug 7582, während im September 12 597 Arbeitslose ermittelt wurden.

Der Metallarbeiterverband stellte in der 12. Kriegswoche (18. bis 24. Oktober) in 431 Verwaltungen 354 764 Mitglieder fest. Dann gingen 4266 ab (zum Kriegsdienst 2126), so daß am Schlusse der Woche 350 498 Mitglieder verblieben. Die Zahl der Arbeitslosen betrug 32 078 = 9,1 Proz. (Vorwoche: 10,3 Proz.). Für Arbeitslosenunterstützung wurden 195 656 Mk. verausgabt gegen 240 705 Mk. in der Vorwoche.

Die Erhebungen des Porzellanarbeiterverbandes ergaben im Monat Oktober folgendes Resultat:

Woche vom	Erwerbslose	in beschränkt Proz. Arbeitend.	vollständig beschäftigte
5. bis 10. Oktober	4499	35,7	6255 1694
12. " 17. "	4146	33,3	6281 1713
19. " 24. "	3962	32,4	6285 1775
26. " 31. "	3770	31,1	6298 1846

Zum Kriegsdienst waren über 3200 Mitglieder eingezogen.

Der Sattlerverband veröffentlicht jetzt das Ergebnis seiner Statistik vom 26. September. Sie erstreckt sich auf 11 460 Mitglieder. 70 Proz. der Mitglieder waren voll beschäftigt, 8,15 Proz. arbeiteten mit verkürzter Arbeitszeit, 20,7 Proz. waren arbeitslos und 1,3 Proz. krank. Zum Kriegsdienst waren 3350 Mitglieder eingezogen.

Der Steinarbeiterverband fordert seine Mitglieder auf, unverzüglich freiwillige Sammlungen vorzunehmen, um den Familien der zum Kriegsdienst einberufenen Verbandsmitglieder eine Weihnachtsunterstützung zu gewähren.

Ein Aufruf im „Correspondenzblatt“ des Verbandes der Tapezierer fordert die Mitglieder und Filialen auf, zwecks Weihnachtsunterstützung der Familien der eingezogenen Mitglieder Sammlungen vorzunehmen.

Privatversicherung.

Eine erfreuliche Unterstützung,

die besonders im Interesse der Kriegsteilnehmer zu begrüßen ist, findet die von der „Volksfürsorge“ eingerichtete Kriegerversicherungskasse durch den einstimmig gefaßten Beschluß einer Versammlung der Hamburger Ortsgruppe des „Vortrupp“ zugunsten der Kriegshilfe eine Weihnachtsveranstaltung zu arrangieren und die Hälfte des Erlöses der Kriegerversicherungskasse der „Volksfürsorge“ zuzuführen, um das an die Angehörigen der gefallenen Versicherten zur Auszahlung gelangende Kapital zu erhöhen. Dieser sehr zur Nachahmung zu empfehlende Beschluß, der seine Urheber ebenso ehrt, wie er eine ehrende Anerkennung der uneigennütigen praktischen Kriegshilfe der „Volksfürsorge“ ist, wird seinerzeit von den durch den Krieg direkt betroffenen Empfängern sicher herzlich gedankt werden. — Der Magistrat der Stadt Bergedorf hat für städtische Angestellte Anteilscheine erworben.

Am 16. November waren für 8272 Kriegsteilnehmer 13 612 Anteilscheine gelöst worden, so daß für die Angehörigen der im Kriege fallenden Versicherten bereits 68 060 M. zur Verfügung stehen.

Mitteilungen.

Für die Verbandsexpeditionen.

Der Nr. 48 wird die Statistische Beilage Nr. 8, enthaltend: „Die deutschen Gewerbe-, Berg- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1913“ beigegeben. Diese Nummer erscheint im Umfange von 16 Seiten.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

Adorf: Reikner, Paul, Angestellter des Bauarbeiterverbandes.
 Berlin: Leutel, Heinrich, Angestellter des Glasarbeiterverbandes.
 Dortmund: Dierks, Ferdinand, Akquisiteur.
 Rattowiß: Caspari, Emil, Angestellter der Generalkommission.

Kassenbericht vom 3. Quartal 1914.

Einnahme.	
Kassenbestand vom 2. Quartal . . .	2 055,27 M.
10 350 Mitgliederbeiträge	62 100,— "
Besondere Beiträge	316,95 "
Zinsen	12 747,50 "
Summa	77 219,72 M.

Ausgabe.	
Zurückgezahlte Beiträge	5 705,40 M.
Witwenunterstützung	23 108,41 "
Invalidenunterstützung	5 174,85 "
Waisenunterstützung	420,85 "
Sterbegeld Mitglied Behnert	200,— "
" " Fanghänel	200,— "
" " Kuschigla	200,— "
" " Steinmüller	200,— "
" " Enders	200,— "
" " Struckmann	200,— "
" " Grauer	200,— "
Ärztliches Gutachten	2,— "
Drucksachen	60,25 "
Postschedgebühren	49,99 "
Porto	86,21 "
Bank überwiesen	40 402,10 "
Kassierer	200,— "
Kassenbestand	610,16 "
Summa	77 219,72 M.

Revidiert, Bücher und Belege für richtig befunden.

Die Revisoren:

Gustav Reinke. Franz Stahl.

Literatur.

Eine Buchbesprechung.

Daß heute, im November 1914, noch ein Mensch das Buch Prof. Bernhards als einen Beweis klarer sachlicher Beobachtungsgabe preisen, daß sich heute noch eine Zeitschrift findet, die ihre Spalten einer solchen Besprechung öffnen könnte, heute, wo wie mit elementarer Gewalt die Geschehnisse des Lebens Prof. Bernhard ad absurdum geführt haben, sollte man nicht für möglich halten. Und doch findet sich in der „Deutschen Rundschau“, Novemberheft 1914, eine solche Besprechung. Als Kuriosum wollen wir das hier nur erwähnen. Und diese Tatsache ist um so kurioser, als in derselben Nummer der Zeitschrift in seitenlanger Abhandlung über die körperliche und sittliche Kraft als Voraussetzung für jeden Erfolg gesprochen wird. „Wo die Menschen für ihre sittlichen Ideale gekämpft haben, für ihren Glauben, für ihre Freiheit, für ihr Vaterland, für ihr nationales Dasein, für ihre Ehre, für die Heiligkeit des Herdes, da haben sie ihre Kraft bis zum äußersten ausgenützt, und die Kräfte des Bewußtseins, die dieses Wunderbare vollbrachten, waren sittliche Kräfte.“ Wir meinen es allerdings auch.

Verzeichnis neuer Bücher und Schriften.

Ämtliche Literatur.

Belgien. Industrie der Konstruktions-Mechanik. 352 S. L'Office du Travail. Brüssel.
 Schweden. Genossenschaftliche Arbeit in den Jahren 1908—1910. 610 S. Stockholm. (Schwedisch.)
 Vereinigte Staaten von Amerika. Arbeiter-Entschädigungsgesetze der Vereinigten Staaten und des Auslandes. 477 S.